

Links-Rechts



Surpriiiiiise...

Von Balz Stückelberger

Absurdistan liegt manchmal näher als man denkt. Im Fall von *Surprise* sogar mitten im schönen Baselbiet. *Surprise* – das ist eigentlich ein ganz einfaches Konzept: Ein privater Verein lässt von erfahrenen Journalisten ein qualitativ hochwertiges Magazin schreiben, das dann von Menschen in sozialen Schwierigkeiten und Asylbewerbern verkauft wird. Diese erhalten damit eine Tagesstruktur und ein kleines Einkommen. *Surprise* kostet den Staat keinen Rappen. Dieses Modell funktioniert so oder ähnlich praktisch auf der ganzen Welt, ausser im Baselbiet, wo der Amtsschimmel besonders intensiv wiehert. Hier dürfen Asylbewerber keine Magazine verkaufen, weil sie als Angestellte betrachtet werden und keine Arbeitsbewilligung erhalten. Damit stehen die übereifrigen Baselbieter Behörden ziemlich alleine da. In den anderen Kantonen dürfen Asylbewerber sehr wohl im Strassenverkauf tätig sein. Dort bewilligt man den *Surprise*-Verkauf ganz unbürokratisch und kostenlos. In der Restschweiz hat also zum Glück der gesunde Menschenverstand die Amtsstuben noch nicht ganz verlassen. Doch es kommt noch dicker: Um den *Surprise*-Verkauf durch Asylbewerber im Baselbiet dennoch zu ermöglichen, haben die

Mit ihrer Haltung stehen die übereifrigen Baselbieter Behörden ziemlich alleine da.

Behörden in Liestal ein *Surprise*-Integrationsprogramm angeregt. Nota bene: Ein vom Kanton bezahltes Programm, mit dem dann plötzlich alles kein Problem mehr wäre. Das muss man sich auch erst einmal vorstellen: Da wird ein privates Unternehmen mit einem überzeugenden und bestens funktionierenden Konzept gezwungen, zu einer staatlich mitfinanzierten Sozialfirma zu werden. Die Verkäufer würden in diesem Modell übrigens nicht einmal mehr ein Taschengeld erhalten. Verständlich, dass *Surprise* auf dieses Angebot nicht eingegangen ist. Der Landrat hat diese haarsträubende Situation erkannt und vor zwei Jahren die Regierung aufgefordert, den *Surprise*-Verkauf durch Asylbewerber auch im Baselbiet zuzulassen. Leider hat sich in der Zwischenzeit rein gar nichts getan in dieser Sache. Deshalb habe ich gestern einen weiteren Vorstoss eingereicht. Es darf einfach nicht sein, dass ein privat organisiertes und auf einem liberalen Ansatz beruhendes Unternehmen in seiner Tätigkeit behindert wird, nur weil die Regierung und die Verwaltung ihren Job nicht machen und jedes Augenmass verloren haben.

Balz Stückelberger (42, Arlesheim) ist Landrat der FDP. Die Haltung des Autors muss nicht mit der Meinung der Redaktion identisch sein. Nächste Woche: Stefan Zemp (SP)



Vergeblicher Kampf. Regula Meschberger (SP) hatte mit ihrer Frauenquoten-Motion kein Glück. Foto: Henry Muchenberger

Nein zu einer Frauenquote

Landrat lehnt 35-Prozent-Anteil bei Kaderangestellten ab

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Landrat glaubt nicht daran, dass eine festgeschriebene 35-Prozent-Quote geeignet ist, den Frauenanteil bei Kaderangestellten in der Kantonsverwaltung zu verbessern. Er hat gestern eine Motion, die Regula Meschberger im Namen der SP-Fraktion eingereicht hatte, mit deutlichen 24 zu 50 Stimmen abgelehnt. Ausser der SP-Fraktion brach niemand eine Lanze für das Anliegen. Von den Grünen und den Mitte-Parteien stimmten nur Einzelne mit den Sozialdemokraten dafür.

Meschberger wollte mit dem Vorstoss die Regierung beauftragen, eine verbindliche Zielvorgabe von mindestens 35 Prozent für Frauen und Männer bei der Besetzung von Kaderpersonen in einer entsprechenden Vorlage festzusetzen. Ausschreibung, Auswahlverfahren und Anstellungsbedingungen müsste die Regierung so ausgestalten, dass das Ziel erreichbar wird. Vorsatz und Umsetzung stimmten bei der Anwendung des heutigen Personalgesetzes nicht überein, begründet die Motionärin den Vorstoss. In den letzten Jahren sei sogar eine Abnahme in den höheren Funktionsstufen festzustellen.

Erfahrungen im Ausland zeigten, dass mit verbindlichen Vorgaben Erfolge bei der Frauenförderung möglich seien, obwohl überall anfangs Skepsis geherrscht habe.

Bei der gestrigen Diskussion über das Anliegen stellte Meschberger klar, dass der Kanton als Arbeitgeber hier seine Hausaufgaben nicht gemacht habe. Mit Teilleistungen und Arbeitsbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichterten, lasse sich etwas machen. «Wir müssen mehr dafür unternehmen», forderte die Birsfelder Sozialdemokratin.

Heute beträgt der Frauenanteil in der Kantonsverwaltung 47 Prozent. In den Kader-Lohnklassen waren es zwischenzeitlich 29 Prozent, inzwischen sind es aber wieder etwas weniger. Die Regierung empfahl dem Rat, den Vorstoss abzulehnen. Nicht weil sie gegen das Anliegen wäre, wie aus der schriftlichen Begründung hervorgeht. Die Regierung bezweifelt die Wirksamkeit. Der grundlegende Wandel in der Gesellschaft brauche Zeit. «Eine verbindliche

Quote hält weder Studentinnen dazu an, explizit spezifische Studiengänge – zum Beispiel ingenieurwissenschaftliche – zu belegen, die später zur Besetzung von höheren Kaderpositionen führen, noch Studenten, dies nicht zu tun», steht in der schriftlich abgegebenen Stellungnahme. Zwangsmassnahmen könnten sich negativ auf die Akzeptanz auswirken und kontraproduktiv sein.



Landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Quoten seien dafür das falsche Mittel, meinte Balz Stückelberger (FDP). «Mit der Brechstange lässt sich die Chancengleichheit nicht durchsetzen.» Der Vorwurf, der Kanton habe seine Hausaufgaben nicht gemacht, treffe nicht zu – im Gegenteil. Auch Jacqueline Wunderer (SVP) schloss sich dieser Argumentation an.

Rahel Bänziger bezeichnete die Vorlage für die Grünen als «Dilemma». Die Fraktion sei gespalten. Es gebe auch andere Möglichkeiten, Frauen in Kaderpositionen zu fördern. Es sei auch keineswegs belegt, dass festgelegte Quoten eine nachhaltige Wirkung hätten. «Es braucht vor allem mehr Teilleistungs-möglichkeiten», ist Bänziger überzeugt.

Tierheim liegt auch im Interesse des Kantons

Postulat von Elisabeth Augstburger (EVP) überwiesen

Von Thomas Gubler

Liestal. Mit 37 gegen 34 Stimmen – bei drei Enthaltungen – hat der Landrat ein Postulat von Elisabeth Augstburger (EVP) zur Unterstützung des neuen Tierheims des Tierschutzes beider Basel überwiesen. Gemäss diesem wird die Regierung gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob der Kanton Baselland den Neubau des Tierheims mit einem zinslosen Darlehen in der Höhe von sechs Millionen Franken unterstützen und eine jährliche Defizitgarantie von 200'000 Franken übernehmen kann.

Elisabeth Augstburger begründete ihren Vorstoss vor allem damit, dass das Haustier in der heutigen Gesellschaft stark an Bedeutung zugenommen habe. Tiere seien mitunter Gefährten und Stützen des Menschen. Vor diesem Hintergrund erachtete die Postulantin ein Engagement des Kantons für den Neubau des Tierheims des Tierschutzes beider Basel als gerechtfertigt. Die Kosten dafür betragen 12,15 Millionen Franken und sind offenbar noch längst nicht gesichert.

Die FDP wehrte sich gegen die Überweisung des Postulats. Das Projekt habe, so Peter Schafroth, «jede Dimension verloren». Und abgesehen davon

fehle eine gesetzliche Grundlage für die Unterstützung. Die SVP war in der Frage gespalten. Laut Hanspeter Weibel, der sich gegen die Überweisung aussprach, «sehen wir uns nun konfrontiert mit den Konsequenzen einer Gesetzgebung, welche die Folgekosten nicht berücksichtigt hat».

SP und Grüne unterstützten das Postulat. «Das Projekt ist jeden Franken wert und keineswegs überrissen, weil die geltende Tierschutzgesetzgebung diese Dimensionen verlangt», sagte Thomas Pfaff (SP). Im Übrigen nutze auch der Kanton die Institution.

Vorboten des Wahlkampfs

Regierungsrat Thomas Weber (SVP) erachtete es zwar nicht als kantonale Aufgabe, ein solches Tierheim zu betreiben. Andererseits habe der Kanton aber durchaus auch ein Interesse an einem solchen, sagte Weber und signalisierte Bereitschaft, die entsprechenden Fragen zu prüfen.

Mit 37 gegen 34 Stimmen wurde das Postulat darauf überwiesen. Wobei dieses Resultat auch dem langsam sich abzeichnenden Wahlkampf zuzuschreiben ist. Entschieden über eine finanzielle Beteiligung irgendwelcher Art ist damit freilich noch nichts.

Debatte über Ökologie, Kultur und Familie

Vorstösse zur Wirtschaftsoffensive im Landrat

Von Thomas Dähler

Liestal. Manchmal ist es nebensächlich, ob Vorstösse im Landrat angenommen werden oder nicht. Das gilt besonders für die drei Postulate zur Wirtschaftsoffensive, von denen gestern im Landrat nur eines eine Mehrheit fand – und dieses nur mit dem Stichentscheid von Vizepräsident Franz Meyer (CVP). Verpflichtet wurde die Regierung einzig, einen Bericht über die Familienfreundlichkeit der Wirtschaftsoffensive abzuliefern. Einen Bericht zu den ökologischen und den kulturellen Aspekten kann sie sich jedoch sparen.

Dass die Postulate von Pia Fankhauser (Ökologie), Regula Meschberger (Kultur) und Brigitte Bos (Familienfreundlichkeit) zur Wirtschaftsoffensive gar nichts bewirken, machte Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber klar. Die Regierung sei bereit, die Postulate entgegenzunehmen, weil sie ohne Weiteres in der Lage sei, über die verlangten Aspekte zu berichten. «Wir wären gar nicht marktfähig, wenn wir diese Aspekte bei der Wirtschaftsförderung nicht berücksichtigten», sagte Weber.

Während der Debatte wurde auch klar, wer welche Meriten im offensichtlich bereits angelaufenen Wahlkampf

Nachrichten

Verkehrskollaps soll verhindert werden

Liestal. Die Baselbieter Regierung wird den sogenannten 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps prüfen. Der Landrat hat gestern Abend gegen den vehementen Widerstand vor allem der SP-Fraktion mehrere Vorstösse von Christoph Buser und Christof Hiltmann (FDP) zum Agglomerationsverkehr in der Form von Postulaten überwiesen. Einzig die Behandlung des Vorstosses zugunsten der Y-Variante des Herzstücks der Regio-S-Bahn wurde mit einem Ordnungsantrag auf die nächste Sitzung verschoben. Unterbrochen wurde die Debatte über das Herzstück, nachdem Bedenken geäussert wurden, der Vorstoss könnte den Kanton Basel-Stadt brüskieren.

850'000 Franken für Kontakt- und Anlaufstelle

Liestal. Der Landrat hat jährliche 850'000 Franken für die Mitfinanzierung der Kontakt- und Anlaufstellen Basel-Stadt (K+A), früher Gassenzimmer genannt, bewilligt. K+A bieten drogenabhängigen Erwachsenen eine möglichst stressfreie Umgebung für den Konsum illegaler Suchtmittel.

Regierung widersetzt sich Verzögerung

Liestal. Die Baselbieter Regierung will gegen jede allfällige Verschlechterung des Bahnangebots für das Laufental bei den SBB ankämpfen. Dies erklärte gestern Baudirektorin Sabine Pegoraro auf eine dringliche Interpellation von Rolf Richterich (FDP) und Andreas Giger (SP) hin. Insbesondere dürfe eine neue SBB-Direktverbindung Zürich-München nicht auf Kosten des Bahnangebots im Laufental gehen. Gemäss Interpellation könnte sich die Inbetriebnahme des Doppelspurbaus im Laufental wegen fehlender Kapazität von 2021 auf 2025 verzögern.

Motion für Einführung einer Schuldenbremse

Liestal. Mit 43 gegen 32 Stimmen hat der Landrat eine Motion von Hans-Jürgen Ringgenber (SVP) zur Einführung einer Schuldenbremse, welche die Ausgaben plafoniert und die Investitionen minimiert, überwiesen. Die Überweisung erfolgte gegen den Willen der Regierung. Diese hatte darauf hingewiesen, dass bereits ein Postulat von Klaus Kirchmayr (Grüne) verabschiedet ist und deshalb entsprechende Bestrebungen im Gange seien.

für sich beansprucht. Für Ökologie und Kultur engagiert sich die Linke. «Einwände dagegen stehen im Widerspruch zu allem, was wir bisher angestrebt haben», sagte Regula Meschberger (SP). «Es kommen nicht nur Firmen, sondern auch Menschen», meinte Rahel Bänziger (Grüne). Auf der bürgerlichen Seite wurde demgegenüber die Wirtschaftsoffensive hochgelobt. «Wir sollten uns auf die Wirtschaftsoffensive konzentrieren und nicht auf Nebenschauplätze», sagte Franz Hartmann (SVP). «Im Fokus steht die Wirtschaft und nicht die Ökologie oder die Familie», kritisierte Sven Inäbnit (FDP).

CVP gewinnt hauchdünn

Die CVP musste etwas laviieren und erklären, dass es zu Ökologie und Kultur keinen neuen Bericht brauche (Peter Müller: «Ist einfach zu viel verlangt»), zur Familienfreundlichkeit aber schon (Brigitte Bos: «Die familienexterne Betreuung ist noch nicht unter Dach»).

Ein Glück, dass Vizepräsident Meyer für die CVP den Familienbericht zur Wirtschaftsoffensive bei der Regierung mit seinem Stichentscheid bestellen konnte. Und die Wählerinnen und Wähler wissen nun, wen sie im Februar für welches Anliegen wählen können.